

Martin Kloke

Verpasste Chancen

Warum der Nahostkonflikt schier endlos weiterschwelt

Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei
Wenn hinten weit, in der Türkei
Die Völker aufeinander schlagen.¹⁾

So lässt Goethe im Faust I den selbstzufrieden-unbeteiligten Kleinbürger die Weltlage kommentieren. Ist die geistige Stimmung unserer Tage so viel anders? Obwohl Israel nur 0,015 Prozent der Erdoberfläche bedeckt, beziehen sich zehn Prozent der Weltnachrichten in den deutschen Medien auf das kleine Land zwischen Jordan und Mittelmeer. Wer an Israel denkt, assoziiert vor allem Krieg und Terror. »Eskalation« und »Gewaltspirale«, »Auge um Auge, Zahn um Zahn«, israelische »Militärmaschinerie« gegen palästinensische »Aufständische«, »David und Goliath« – das sind die Zutaten für jene quotenträchtige, voyeuristischen Motiven geschuldete Mixtur, von der unsere Nachrichtenmacher zehren. Wer mag da noch Fragen stellen oder die Mitverantwortung einzelner Akteure an der scheinbar unlösbaren Konfliktdynamik gewichten? Viel bequemer ist es, »Schuld« und Verantwortung paritätisch zu verteilen (so halten es immerhin die Israel Wohlgesonnenen) oder der vordergründig überlegenen israelischen Seite die Sündenbockrolle zuzuweisen (das ist vielfach der Tenor in »progressiven« Intellektuellenkreisen).

Doch wie steht es um die Fakten? »The Palestinians don't miss a chance to miss a chance« (»Die Palästinenser lassen keine Chance aus, eine Chance zu verpassen«). Wie aktuell ist jenes legendäre Bonmot des früheren israelischen Außenministers Abba Eban, der damit das Scheitern der palästinensischen Nationalbewegung auf den Begriff zu bringen versucht hat?

1. ERSTE TEILUNGSVORSCHLÄGE: FRÜHE FRIEDENSCHANCEN

Vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Aufstiegs flüchteten in den 1930er Jahren aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei mehr als 200.000 Juden in die westlich gelegenen Gebiete des britischen Mandatsgebietes Palästina. Premierminister Winston Churchill hatte bereits 1921 die östlich des Jordans gelegenen Teile Palästinas arabischer Souveränität überantwortet – im Zuge der Einsetzung von Emir Abdallah als Oberhaupt des haschemitischen Königreichs Transjordanien. Dennoch stieß die so genannte fünfte Alijah auf den wachsenden Widerstand der arabischen Bevölkerung. Um der erbitterten

¹⁾ Johann Wolfgang Goethe, Faust. Der Tragödie erster Teil (1808), Stuttgart 1963, Vs. 860-863 (Vor dem Tor).

Unruhen Herr zu werden, verhängte die britische Regierung 1936 drastische Einreisebeschränkungen für jüdische Flüchtlinge. Zugleich sahen sich die Briten veranlasst, über eine politisch-diplomatische Lösung jenes aufkeimenden Nationalitätenkonflikts nachzudenken, in dem offenkundig »Recht gegen Recht« stand. Die von ihr eingesetzte »Peel-Kommission« wollte einen Kompromiss und empfahl 1937 die Teilung des westlichen Palästina in einen jüdischen und in einen arabischen Staat: Etwa 20 Prozent des Gebietes wurden den Juden, 80 Prozent aber den Arabern zugewiesen.

Die arabische Welt lehnte den Teilungsplan ohne Wenn und Aber ab. Noch im September 1937 rief im syrischen Bludan ein panarabischer Kongress zu vereintem Widerstand gegen das »Weltjudentum« und die zionistische Bewegung auf. Auch auf zionistischer Seite stieß der Peel-Plan auf Unbehagen – die britischen Teilungsmodalitäten wurden mit Enttäuschung aufgenommen. Allerdings fand sich auf dem 20. Zionistenkongress in Zürich eine pragmatische Delegierten-Mehrheit, die einen schmerzhaften Kompromiss einzugehen bereit war. Doch unter dem Eindruck der arabischen Kompromisslosigkeit und des heraufziehenden Zweiten Weltkriegs, in welchem sich die palästinensische Führung unter Amin al-Husseini, des Muftis von Jerusalem, mit Hitler-Deutschland verbündete, empfanden die Briten die zionistische Bewegung zusehends als orientpolitische Belastung. Fortan warben sie um die Gunst der Araber und nahmen von ihrer eigenen Teilungsidee Abstand.

Erst zwei Jahre nach Kriegsende kam wieder Bewegung in die verhärteten Fronten im Nahen Osten: Niemand konnte mehr übersehen, dass Nazi-Deutschland sechs Millionen europäische Juden systematisch ermordet hatte; Hunderttausende heimatloser Juden (»displaced persons«) irrten durch das befreite Europa. Wurde es jetzt nicht Zeit, Palästina auch offiziell als »Rettungsanker« für überlebende Juden anzuerkennen? In einer Mischung aus Erschütterung und schlechtem Gewissen beschloss die UNO-Vollversammlung im November 1947 mit einer Zweidrittel-Mehrheit, das Land zwischen Jordan und Mittelmeer in zwei separate Staaten aufzuteilen. Bei der territorialen Vermessung achtete die Weltgemeinschaft darauf, dass in einem Staat die Juden, in einem anderen die arabische Volksgruppe die Mehrheit bilden würde.

Doch jene verhängnisvolle Konstellation wiederholte sich, die schon 1937 einen politisch und völkerrechtlich fundierten Interessenausgleich in der Palästinafrage verhindert hatte: Die arabische Welt lehnte den international sanktionierten Plan zur Teilung Palästinas in zwei Staaten vehementer denn je ab. Assam Pascha Abdur Rachman, Generalsekretär der Arabischen Liga, drohte den Juden im Falle einer zionistischen Staatsgründung mit einem »Massaker, über das man einmal sprechen wird wie über die mongolischen Massaker und die Kreuzzüge.«²⁾ Demgegenüber hatte sich zwar der Jischuw, die jüdische Gemeinschaft Palästinas, eine großzügigere Aufteilung des territorialen »Kuchens« zu seinen Gunsten gewünscht, erkannte aber die historisch einmalige Chance auf Bildung eines jüdischen Nationalstaates. Die Abstimmung mit den Füßen war eindeutig – kurz nach der historischen UN-Abstimmung brandete in den jüdischen Städten und Dörfern kollektiver Jubel auf – zahllose tanzende Menschen säumten die Straßen.

Als das britische Mandat für Palästina ohne eine einvernehmliche Übergangslösung auslief, rief der jüdische Nationalrat am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den Staat Israel aus. Die monatelangen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen mündeten nunmehr in eine große militärische Auseinandersetzung – am 15. Mai überschritten sechs Armeen der Arabischen Liga ihre Grenzen, um das »zionistische Gebilde« auszulöschen. Zwar konnten die Ägypter

²⁾ Friedrich Schreiber /Michael Wolffsohn, Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts, Opladen 1993, S. 146.

den Gazastreifen und die Jordanier das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalems mit den religionsgeschichtlich bedeutsamen heiligen Stätten von Juden, Christen und Muslimen erobern; doch der junge Staat Israel – »auferstanden« aus der »Asche von Auschwitz«, wie nicht wenige Überlebende ihre nationale Wiedergeburt sinnstiftend interpretierten – konnte sich gegen die vereinigte Aggression seiner »Nachbarn« behaupten. Mehr noch: Mit Hilfe tschechischer Waffenlieferungen gelang es den Israelis, das ihnen von der UNO zugesprochene Territorium beträchtlich zu erweitern und 1949 in einem Waffenstillstandsabkommen vorläufig festschreiben zu lassen.

In diesem ersten arabisch-israelischen Krieg waren etwa 700.000 Araber aus ihrer Heimat geflüchtet oder vertrieben worden: z. T. waren sie Opfer jener innerarabischen Propaganda geworden, die die Flüchtlinge zum »vorübergehenden« Verlassen der Heimat animiert und »nach dem Sieg über die Zionisten« eine glorreiche Rückkehr in ihre Dörfer und Städte in Aussicht gestellt hatte. Währenddessen begannen angesichts der erbitterten arabisch-israelischen Feindseligkeiten etwa 600.000 Juden aus arabischen Ländern in den neu gegründeten jüdischen Staat zu fliehen – zahlenmäßig ergab sich innerhalb von wenigen Jahren ein fast vollständiger Bevölkerungsaustausch. Als Israel 1949 im Rahmen einer anzustrebenden Friedensregelung die Rückkehr von 100.000 Flüchtlingen anbot, winkten die arabischen Staaten ab. Stattdessen entschieden sich Ägypten und Syrien, die expatriierten Palästinenser als entrechtete Staatenlose aufzunehmen und als »Fünfte Kolonne für den Tag der Rache«³⁾ im Kampf gegen Israel einzusetzen. Jordanien dagegen, mehrheitlich ohnehin bereits palästinensisch geprägt, integrierte die Flüchtlinge und annektierte 1950 die Westbank, ohne dadurch Proteste in der Weltöffentlichkeit zu erregen.

Knapp 20 Jahre lang sollte der brüchige territoriale Status quo halten, unterbrochen von zahlreichen militärischen Zwischenfällen. Der Krieg von 1956 eröffnete Israel eine jahrelange Atempause gegenüber den Angriffen arabischer Feddajin (arabisch: »Die sich selbst aufopfern«) insbesondere aus dem Gazastreifen und den ägyptischen Versuchen einer See- und Luftblockade. Doch auf arabischer Seite dachte auch jetzt niemand ernsthaft daran, in den verbliebenen palästinensischen Gebieten des Westjordanlandes und des Gazastreifens einen palästinensischen Staat zu gründen.

2. DIE KRIEGE 1967 UND 1973

Im Mai 1967 drohte die Situation erneut zu eskalieren: Ägypten schloss ein Waffenbündnis mit Syrien und Jordanien, setzte den Rückzug der UN-Friedenstruppen von der Sinai-Halbinsel durch, initiierte einen gewaltigen Truppenaufmarsch und verhängte über die Seestraße von Tiran zum Roten Meer eine Seeblockade gegen Israel. Der PLO-Vorsitzende Achmed Shukairi beteiligte sich in Kairo an der monströsen israelfeindlichen Propaganda mit dem Schlachtruf: »Wir werden die Juden ins Meer treiben!« Doch gelang es Israel Anfang Juni 1967, sich der Eskalations- und Umklammerungsstrategie der arabischen Anrainer-Staaten präventiv zu erwehren – mit unerwartetem Erfolg. Israels Truppen eroberten in nur sechs Tagen das Westjordanland mit Ost-Jerusalem, den Gazastreifen, die ägyptische Sinai-Halbinsel und die syrischen Golan-Höhen.

Die arabische Niederlage hätte nicht dramatischer ausfallen können. Israel hatte mit der Westbank alle religionsgeschichtlich bedeutsamen Stätten des antiken biblischen Judentums

³⁾ Ebd., S. 161.

– »Judäa« und »Samaria« – in Besitz genommen. Dennoch sah die israelische Regierung unter Führung der linken Arbeitspartei die Chance gekommen, die besetzten Gebiete als Faustpfand für einen Friedensschluss mit den Arabern nutzen zu können. Die Sehnsüchte israelischer Pragmatiker verdichteten sich in der Formel »Land gegen Frieden«. Gleichwohl blieb der ersehnte »Anruf« aus einer arabischen Hauptstadt aus – die Arabische Liga war auch jetzt zu keiner Realpolitik fähig oder bereit. Sie schleuderte der israelischen Seite Ende August 1967 auf dem Gipfel von Khartum ihr dreifaches »Nein« entgegen: »Nein zur Anerkennung Israels! Nein zu Verhandlungen! Nein zum Frieden mit Israel!« Außenminister Abba Eban bekräftigte im September 1969 vor der UN-Vollversammlung Israels Angebot an die Araber, über »alles« zu diskutieren und zu verhandeln. Vergebens.

Musste nicht unter diesen Voraussetzungen die Versuchung groß sein, insbesondere die Westbank als ein weiteres zionistisches Projekt zu begreifen – die Linken eher unter sicherheitspolitischen Motiven, die Rechten zusätzlich nationalreligiös inspiriert? So geschah es: Nach der erneut verpassten Friedenschance begann Israel 1968, überzeugt von der anhaltenden Friedensunfähigkeit der arabischen Seite, mit der Besiedlung der besetzten Gebiete. Zehntausende Israelis, angelockt durch staatliche Subventionen, ließen sich vor allem im Großraum Jerusalem nieder.

Im Oktober 1973 – während des höchsten jüdischen Feiertags Yom Kippur – überrannten ägyptische und syrische Truppen die israelischen Waffenstillstandslinien in einem Überraschungsangriff. Wie nie zuvor in seiner jungen Geschichte geriet der Staat Israel in höchste Bedrängnis und musste herbe Verluste hinnehmen. Es dauerte Wochen, bis die traumatisierten Israelis den Angriff zurückschlagen konnten.

Die ägyptische Seite nahm diesen Krieg als ein politisch-psychologisches Erfolgserlebnis wahr, das die »Schmach« von 1967 auszugleichen schien. 1977 brachte Ägyptens Präsident Anwar el Sadat den Mut auf, mit Israel unter Ministerpräsident Menachem Begin in einen zunächst bilateralen Friedensprozess einzutreten. Mit dem vertraglich vereinbarten Rückzug der Israelis aus dem Sinai hatte sich zum ersten Mal in der Geschichte des Nahostkonflikts ein Tor zum Frieden geöffnet. Auch wenn der Kern des israelischen-palästinensischen Konflikts zunächst noch ausgespart blieb, erkannte Israels konservative Likud-Regierung »legitime und berechnete Ansprüche« des »palästinensischen Volkes« an. Gleichwohl stieß jenes 1979 unterzeichnete Friedensabkommen, das dem Prinzip »Land gegen Frieden« folgte, auf erbitterten Widerstand der Palästinenser und fast aller anderen Araber.

3. DIE PALÄSTINENSER BETRETEN DIE POLITISCHE BÜHNE

In den 1950er Jahren begannen sich die palästinensischen Araber als nationale »Befreiungsbewegung« zu organisieren; gleichwohl begriffen jene Gruppen, die sich 1964 unter dem Dach der »Palästinensischen Befreiungsorganisation« PLO zusammenfanden, ihren »Widerstand« ausschließlich in einem militanten Sinne: Auf den Trümmern des »zionistischen Gebildes ›Israel‹« gelte es einen palästinensischen Staat zu errichten.

Der PLO, die sich nach 1967 zunächst in Jordanien als eigenständiges Machtgebilde etablieren konnte, gelang es Ende der 60er Jahre, mithilfe gezielter Terroranschläge und Flugzeugentführungen das nahostpolitische Interesse der Weltöffentlichkeit auf die Lage der Palästinenser zu lenken. Gleichwohl scheiterten diese immer wieder an ihrer »Alles oder nichts«-Haltung. Im September 1970 wagten bewaffnete Palästinenser-Milizen der PLO die Machtprobe mit dem jordanischen König Hussein, wurden aber im blutigen Kampf in die

Flucht geschlagen. Doch die Gewalt als Mittel der nahostpolitischen Auseinandersetzung nahm kein Ende. 1972 wurde auch die Bundesrepublik Deutschland vom Terror heimgesucht: Terroristen des »Schwarzen September« – einer Untergruppe des PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat – ermordeten während der Olympischen Sommerspiele in München elf israelische Sportler.

Gleichwohl formierten sich in den 1970er Jahren Stimmen in der PLO, die das Gespräch mit »progressiven« Israelis suchten und sich als Wegbereiter für eine friedliche Koexistenz zwischen Israel und einem künftigen Staat Palästina verstanden. Wichtigster Repräsentant der neuen realistischen Denkschule unter Palästinensern war Issam Sartawi, seit 1971 Mitglied des palästinensischen Nationalrats. Doch wurde Sartawi noch 1983 während eines internationalen Kongresses im portugiesischen Albufeira von palästinensischen Extremisten ermordet.

Im Sommer 1982 überschritt die israelische Armee die libanesische Grenze, um die PLO zu zerschlagen, die nach der Vertreibung aus Jordanien ihre militärischen und politischen Aktivitäten in den Libanon verlegt und von dort aus periodisch immer wieder Israel angegriffen hatte. Dieser Krieg, der nach der wochenlangen Belagerung West-Beiruts mit dem Abzug der PLO-Führung nach Tunis endete, stieß weltweit, auch in Israel, auf Kritik.

Viele Palästinenser mussten in den 1980er Jahren mit Bitterkeit erkennen, dass ihnen der Einsatz von Terror und Gewalt wenig bis nichts eingebracht hatte. Erst die Intifada von 1987, eine breite und weitgehend zivile Aufstandsbewegung der Palästinenser in den besetzten Gebieten, schien längerfristig die palästinensischen Anliegen zu fördern. Sie brachte auch viele Israelis zur Überzeugung, dass der Nahostkonflikt einer politisch-diplomatischen Entschärfung im Sinne einer Zweistaatenlösung bedurfte. An dieser Einsicht konnte selbst der fatale Schulterschluss der PLO mit dem irakischen Regime unter Saddam Hussein während des Golfkrieges von 1991 nichts Grundlegendes mehr ändern – zumal die Israelis erfahren mussten, dass sie trotz der vorgelagerten Westbank irakischen Raketenangriffen letztlich schutzlos ausgeliefert waren. Zwar sollten sich die Palästinenser mit ihrer antiwestlichen Positionierung vorübergehend ins Abseits manövrieren; doch nach dem Krieg schienen Israelis und Palästinenser bereit, ein neues Kapitel in den Beziehungen ihrer Völker aufzuschlagen.

4. DER OSLO-PROZESS: NEUE AUSSICHTEN AUF FRIEDEN?

Die amerikanisch inspirierten Friedensgespräche in Madrid (1991) und die darauf folgenden Geheimverhandlungen von Oslo (1993) bahnten den Weg zu direkten und offiziellen Kontakten zwischen Israel und der PLO: Die Verhandlungen zeitigten mit dem Gaza-Jericho-Abkommen und weiteren darauf basierenden Vereinbarungen erste greifbare Ergebnisse. Im Rahmen eines Stufenplans schien nun jener historische Kompromiss, den die arabische Seite jahrzehntelang blockiert hatte, in greifbare Nähe gerückt zu sein.

Unermüdlich warb Mitte der 1990er Jahre Außenminister Shimon Peres in Brüssel und anderen westlichen Hauptstädten um politische und wirtschaftliche Unterstützung des Friedensprozesses. Peres ermutigte israelische und internationale Investoren zum Engagement in den palästinensischen Autonomiegebieten. Anvisierte grenzüberschreitende Freihandelszonen und »Industrieparks« im Gazastreifen (»Gaza Industrial Estate«) oder im Westjordanland (Djenin) weckten bis zum Beginn der zweiten Intifada 2000 Hoffnungen auf eine dauerhafte Absicherung der israelisch-palästinensischen Verständigung.

Doch die optimistische Stimmung währte nicht lange: Nach buchstäblich jedem territorialen Teilerückzug der Israelis reagierten palästinensische Extremisten mit mörderischen Anschlägen auf zivile Ziele, insbesondere auf voll besetzte Busse und Restaurants. Ungeachtet aller Bekenntnisse zum »Friedensprozess« wagten die israelischen Regierungen, gleich welcher Couleur, keine weiteren vertrauensbildenden Maßnahmen gegenüber den Palästinensern – etwa das Einfrieren der Siedlungsaktivitäten in den umstrittenen Gebieten. Einer Machtprobe mit den einflussreichen Siedlerorganisationen glaubte die linke Arbeitspartei nicht gewachsen zu sein; der nationalkonservative Likud zeigte daran aus ideologischen Gründen ohnehin kein Interesse. Die Stimmung sank vor allem nach der Ermordung von Ministerpräsident Yitzhak Rabin (1995) durch einen jüdischen Extremisten auf den Nullpunkt.

Zunehmend drängte sich der Verdacht auf, dass die aus Tunis zurückgekehrte PLO-Führung zwar vor der internationalen Öffentlichkeit die Terroraktivitäten verurteilte, aber insgeheim duldete. Wer wollte, konnte dieses Doppelspiel schon wenige Monate nach Unterzeichnung der Osloer Vereinbarungen sehen: Arafat rief vor einem arabischen Publikum zum »Djihad« für die »Befreiung« Jerusalems auf und erinnerte daran, dass Mohammed ebenfalls (befristete) Friedensverträge mit Ungläubigen geschlossen hatte – als Vorspiel zu militärischen Eroberungszügen.⁴⁾

Während israelische Politiker noch leidenschaftlich diskutierten, welche territorialen Kompromisse sicherheitspolitisch zu verantworten seien, wurde der palästinensische Diskurs in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zunehmend von anderen Inhalten bestimmt: »Wir haben mit einem Feind zu ringen, der ein Shylock ist«, verbreitete die offizielle Radiostation der Autonomiebehörde »Kol Falastin«. Nun tauchten in palästinensischen Berichten (wie zuvor schon in anderen arabischen Medien) antisemitische Verschwörungstheorien und säkularisierte Ritualmordlegenden (»Israelis infizieren palästinensische Kinder mit dem Aids-Virus«) auf. Die Erziehung zum Hass gegen Israel und die Juden machte auch vor TV-Kindersendungen und Schulbüchern nicht Halt.⁵⁾ Erst mit dem Tode Arafats schien sich die Situation vorübergehend zu entspannen.

Die Endstatus-Verhandlungen von Camp David und Taba (2000/01), in denen die israelische Regierung unter Ministerpräsident Ehud Barak zu weit reichenden Konzessionen sogar in der Jerusalem-Frage bereit war, scheiterten an der Weigerung Arafats, auf eine uneingeschränkte »Rückkehr« palästinensischer Flüchtlinge nach Israel zu verzichten – sie hätte letztlich das Ende des jüdischen Nationalstaates eingeläutet. Auch die maximalistische Kompromisslosigkeit in der Jerusalem-Frage weckte den Verdacht, als seien die Palästinenser weniger an einem politisch-pragmatischen Interessenausgleich als vielmehr an einem religiös aufgeladenen »Clash« interessiert. Den ultimativen, auch die Nerven der israelischen Delegierten strapazierenden Vorschlägen des US-amerikanischen Präsidenten, so erinnern sich Teilnehmer der Endstatus-Verhandlungen, sei Arafat ausgewichen, ohne seinerseits Kompromisslinien auszuloten oder konkrete Gegenangebote zu unterbreiten: »Er sagte weder »Ja« noch »Nein«. Er wollte beides. [. . .] Es war eine Abmachung, die zu einem palästinensischen Staat geführt hätte, und zwar auf einem Gebiet, das sich zu über 97 Prozent auf der Westbank, dem Gazastreifen und Jerusalem befand; Ostjerusalem wäre die Hauptstadt des Staates geworden, inklusive des heiligen Platzes Haram al-Sharif (Tempelberg);

⁴⁾ Vgl. »Das Abkommen mit Israel ist nicht mehr als das Abkommen zwischen Mohammed und den Beni Qureisch.« Ausschnitte aus der Rede Arafats in Johannesburg, in: Israel & Palästina, Nr. 3, Juli 1994, S. 22ff (nach Haaretz, 23. 5. 1994).

⁵⁾ Beispiele werden regelmäßig auf der Website des Medien-Übersetzungsdienstes MEMRI dokumentiert (www.memri.org).

anstelle der israelischen Verteidigungsstreitkräfte hätte es im Jordantal eine internationale Präsenz gegeben; und es gab ein unbegrenztes Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge, zwar nicht nach Israel, jedoch in ihren eigenen Staat. Trotzdem versteckte sich Arafat hinter der falschen Behauptung, ihm seien Bantustans angeboten worden. [...] Doch mit 97 Prozent des Gebietes in palästinensischer Hand hätte es keine Kantone gegeben. Palästinensische Gebiete wären nicht isoliert oder eingeschlossen gewesen. Es hätte territoriale Integrität und Kontinuität sowohl in der Westbank wie im Gazastreifen gegeben.«⁶⁾

Heute wissen wir, dass sich die palästinensische Seite schon Mitte 2000 von den Geschäftsgrundlagen des Friedensprozesses verabschiedet hatte. Barak hatte in dieser Zeit den im Wahlkampf von 1999 versprochenen Rückzug aus der Sicherheitszone des Südlibanons angeordnet – gleichwohl ohne die erhoffte Verständigung mit der libanesischen Regierung. Die libanesisch-schiitische Hisbollah feierte diesen »Triumph« als Ergebnis ihrer fortgesetzten terroristischen Aktivitäten gegen Israel – eine Lesart, die unter den Palästinensern zunehmend populär wurde. Bereits im Mai 2000 soll der führende Fatah-Politiker Marwan Barghouti erklärt haben: »Der Friedensprozess ist verrottet. Israel hat den Libanon aufgrund des Druckes der Hisbollah verlassen; warum soll es im Westjordanland nicht ähnlich sein?«⁷⁾ Selbst der ehemalige palästinensische Kommunikationsminister Imad Al-Faluji widersprach der populären Version, die Terror-Intifada sei wegen Scharons Spaziergang auf dem Tempelberg ausgebrochen⁸⁾ – zumal jener umstrittene Besuch des damaligen Oppositionspolitikers sogar mit Arafats Sicherheitskräften abgesprochen gewesen war.

5. DIE TERROR-INTIFADA: »WHAT WENT WRONG?«

Palästinensische Gruppen starteten im September 2000, unter fördernder Obhut der Autonomiebehörden, eine neue »Intifada« – dieses Mal ausgestattet mit der Feuerkraft zehntausender bewaffneter »Aktivisten«, die die friedenssehnsüchtige israelische Gesellschaft mürbe schießen und bomben sollten. Eine informelle Koalition aus »Gotteskrieger« islamistischer Couleur (z. B. Hamas) sowie säkularen Terror-Gangs (insbesondere den Arafat-nahen »Tanzim-Milizen« und »Al-Aksa-Märtyrer-Brigaden«) versetzte die israelische Bevölkerung in Angst und Schrecken – mit Selbstmord-Attentaten in Bussen, Restaurants und auf öffentlichen Plätzen. Die israelische Regierung reagierte mit militärischen Operationen und gezielten Tötungen von Terroristen und ihren Rädelsführern – mit der Begründung, eine rechtsstaatlich legitimierte gerichtliche Ahndung sei unter den Auspizien der palästinensischen Autonomiebehörden reine Fiktion. Zugleich mehrten sich in der israelischen Gesellschaft – auch unter so genannten »Friedenskräften« – jene Stimmen, die den Kern des Nahostkonflikts letztlich in der kaum verhüllten Weigerung der Palästinenser sahen, die Existenz Israels zu akzeptieren. Oder in den schlichten Worten von Ariel Scharon: »Die Araber wollen uns Juden nicht hier haben. Das ist das Geheimnis des ganzen Konflikts.«⁹⁾ Selbst der im

⁶⁾ So Dennis Ross, leitender Unterhändler im Nahost-Friedensprozess unter Präsident Clinton, in einem Interview mit »Foreign Policy«, Ausgabe Juli/August 2002.

⁷⁾ Private Information (Oktober 2001).

⁸⁾ »Wer auch immer denkt, dass die Intifada wegen des Besuchs des verachteten Scharon in der Al-Aksa-Moschee ausbrach, irrt sich, auch wenn dies der Strohalm war, der den Rücken des palästinensischen Volkes zerbrach. Die Intifada war von langer Hand geplant, seitdem Präsident Arafat von den Verhandlungen in Camp David heimgekehrt war, wo er Clintons Tisch umgestürzt hatte. Arafat blieb standhaft und griff Clinton an. Er lehnte die amerikanischen Bedingungen ab und er tat dies im Herzen der USA« (Imad Al-Faluji am 3. 3. 2001 im Flüchtlingslager Ein Al-Hilweh/Libanon – dokumentiert vom Memri-Übersetzungsdienst (www.memri.org, 9. 3. 2001).

⁹⁾ Nach Charles Landsmann, Späte Weitsicht. In: Der Tagesspiegel, 6. 1. 2006.

Westen als »gemäßigt« geltende palästinensische Ex-Minister Faisal al-Husseini forderte im Frühjahr 2001 die schrittweise Zerstörung Israels: »Es besteht ein Unterschied zwischen dem strategischen Ziel des palästinensischen Volkes, welches nicht bereit ist, auch nur eine Krume des palästinensischen Landes aufzugeben, und dem politischen Ziele, welches sich aus dem Gleichgewicht der Kräfte und der Art des gegenwärtigen internationalen Systems ableitet. [. . .] Wir mögen gewinnen oder verlieren, aber unsere Augen werden weiter das strategische Ziel verfolgen, nämlich ein Palästina vom Fluss bis zum Meer. Was wir auch immer jetzt erhalten können, wird uns diese höchste Wahrheit nicht vergessen lassen.«¹⁰⁾

Gleichwohl fanden hierzulande prominente Stimmen Gehör, die die Anschläge verharmlosend als Ausdruck palästinensischer Verzweiflung über die israelische »Unterdrückung« deuteten und israelische Streitkräfte mit Nazi-Schergen in Bezug setzten: »Wenn wir sehen, wie israelische Panzer durch palästinensische Dörfer fahren und sich die verzweifelten Menschen mit Steinen wehren, dann müssen wir im Blick auf Warschau und im Blick auf den Aufstand der Juden im Warschauer Ghetto auch fragen dürfen, war das dann nicht auch Terror?«¹¹⁾ Zudem vermittelten vielerorts Nachrichten und Kommentare Bilder eines angeblich »biblischen Krieges«: »Auge um Auge«, »Vergeltungsschläge« und »alttestamentarische Racheaktionen«. Reflexhaft tauchten während der Terror-Intifada die alten Klischees des christlichen Antijudaismus wieder auf. Die Grenzen zwischen berechtigter Israelkritik und antisemitisch motiviertem Ressentiment wurden allzu rasch überschritten.

Wen wundert es da, dass nach einer Umfrage der EU-Kommission im Herbst 2003 65 Prozent der Deutschen in Israel eine »Gefahr für den Weltfrieden« sahen.¹²⁾ Israel rangierte auf der Negativliste noch vor Iran, Nordkorea und den USA. Ende 2004 legte eine Forschungsgruppe der Bielefelder Universität eine Untersuchung vor, nach der mehr als die Hälfte aller Deutschen der Auffassung seien, »dass sich das Verhalten Israels gegenüber den Palästinensern grundsätzlich nicht von dem der Nazis im Dritten Reich gegenüber den Juden unterscheidet.« Die Forscher sahen in diesem Befund eine Schuld aufrechnende und abwehrende »Umwegkommunikation«, bei der die traditionelle Judenfeindschaft von antiisraelischen Ressentiments abgelöst worden sei.¹³⁾

Inzwischen hat sich die sicherheitspolitische Lage Israels wieder entspannt: Mit dem Bau von Zäunen und Sperranlagen zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten – teilweise geringfügig jenseits der »grünen« Waffenstillstandslinien von 1949 – konnten Terror und Gewalt nachhaltig eingedämmt werden. Der »Antiterrorzaun« ist sichtbares Zeichen jener neuen strategischen Konzeption, die Ministerpräsident Sharon 2003 in die Wege geleitet hat – eine Politik der einseitigen Abkopplung und Entflechtung von den Palästinensern: Ihre bislang wichtigsten Früchte sind vergangenes Jahr Israels einseitiger Rückzug aus dem Gazastreifen und die Auflösung einiger Siedlungen im Norden der Westbank gewesen.

Doch auch die neuerlichen Chancen eines territorialen Kompromisses sind ergebnislos verpufft: Es hat in den letzten Jahren seitens der Palästinenser keine nachhaltigen Anstrengungen gegeben, die korrupten Strukturen der Arafat'schen Autonomiebehörde zu refor-

¹⁰⁾ Faisal al-Husseini in der libanesischen Zeitung Al-Safir, 21. 3. 2001 – zitiert nach dem Memri-Übersetzungsdienst (www.memri.org: Special Dispatch No. 197 – Pa, 23. 3. 2001).

¹¹⁾ So Udo Steinbach, Leiter des Deutschen Orient-Instituts, bei einem Vortrag am 6. Januar 2003 in Salzgitter-Bad (vgl. www.hagalil.com, 15. 1. 2003; siehe auch Tribüne, Heft 165, 1. Quartal, 2003; Ralf Balke; Blauäugig oder einäugig? Zu wenig Distanz: Das Hamburger Orient-Institut und sein Leiter Udo Steinbach stehen in der Kritik. In: Jüdische Allgemeine, Nr. 18, 6. 5. 2004, S. 13).

¹²⁾ Vgl. Flash Eurobarometer 151: Iraq and Peace in the World. Realized by EOS Gallup Europe upon the request of the European Commission (Brüssel), November 2003, S. 81 (PDF-Datei).

¹³⁾ Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge Drei, Frankfurt/Main 2005, S. 152.

mieren sowie das Versickern ausländischer Zuwendungen und die daraus folgende Perspektivlosigkeit der palästinensischen Bevölkerung aufzuhalten. Arafats gemäßiger Nachfolger Mahmud Abbas war nicht mehr durchsetzungsfähig genug, um die terroristischen Milizen zu domestizieren oder gar zu entwaffnen. Auch die jahrelange antisemitische Agitation in den Medien und in Schulbüchern, die durch EU-Gelder mitfinanziert worden war, sollte er nur halbherzig bremsen – zu spät, um noch einen kulturellen Wandel in der palästinensischen Gesellschaft einzuleiten. Bei den ersten freien Wahlen seit zehn Jahren haben die Palästinenser im Januar 2006 mit großer Mehrheit die islamistische Hamas an die Macht katalpultiert. Doch mit einer palästinensischen Autonomiebehörde, die die Vernichtung Israels zum Programm erhoben hat, wird es keinen Dialog über eine friedliche Koexistenz geben können.

»What went wrong?« – so lautet die Schlüsselfrage angelsächsischer Orientalistik, die sich – anders als die deutsche Forschungsszene – ohne falsche Tabus mit den Gründen des Niedergangs der muslimisch-arabischen Welt beschäftigt. Wenn es nur um ein Glücksspiel ginge, bei dem eine Seite aus Borniertheit immer wieder alles aufs Ganze setzt – und ihren Einsatz regelmäßig verspielt – man könnte achselzuckend zur Tagesordnung übergehen. Doch der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist blutiger Ernst und droht zu einem Flächenbrand zu werden: Die israelfeindliche Achse des palästinensischen »Hamasistan«, der libanesischen Hisbollah und der islamistisch-schiitischen Republik Iran verheißt nichts Gutes. Vieles deutet darauf hin, dass jener ersehnte historische Kompromiss, der Israelis und Palästinensern ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand eröffnen könnte, wieder einmal in weite Ferne gerückt ist. Ob der Versuch der neu gewählten Regierung unter Ministerpräsident Ehud Olmert Erfolg versprechend sein wird, über einen weiteren Rückzug aus palästinensischen Gebieten und eine endgültige Festlegung von Grenzen den Konflikt notfalls unilateral zu entschärfen, bleibt ungewiss.